

# Neues aus dem Neckartal und aus der Region



**DIE LINKE.**

Ortsverband Rottenburg

In Farbe auf:  
Die-linke-rottenburg.de

April 2026

## 50 JAHRE KREISWEITER ERFOLG FÜR MOKKA!

### Streicht der Kreistag jetzt sämtliche Gelder?

Sehr geehrte Damen und Herren der Kreistagsfraktionen,  
sehr geehrte Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger,

mit großer Bestürzung haben wir erfahren, dass die Förderung des Mokka-Spielmobils durch den Landkreis vollständig gestrichen werden soll. Die Begründung, das Angebot sei vor allem in Rottenburg sichtbar und daher keine Aufgabe des gesamten Landkreises, greift fachlich wie politisch deutlich zu kurz. Mit dieser Entscheidung wäre ein seit 50 Jahren gewachsenes, kreisweit einzigartiges und unverzichtbares Angebot für Kinder und Familien gefährdet – ausgerechnet im Jubiläumsjahr ein völlig falsches Signal. Das Mokka-Spielmobil ist das einzige Spielmobil im Landkreis und seit Jahrzehnten ein verlässlicher Partner für Kommunen, Grundschulen, Ferienprogramme und soziale Einrichtungen. Seine Arbeit ist bewusst mobil und wirkt weit über Rottenburg hinaus.

Die Zahlen aus 2024 bis 2026 sprechen für sich:

79 Spielaktionen - (19 in Tübingen, 12 in Mössingen, 48 in Rottenburg) - 68 Verleihvorgänge von Spielgeräten im gesamten Landkreis.

>>>>>

### Und weiter:

Seite 3: Stuttgart 21

Seite 4: Flucht über das Mittelmeer

Seite 5: Gesundheitsreform



Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

>>>> Fortsetzung des Leitartikels

Gerade diese Zahlen zeigen, dass das Standortargument nicht trägt: **Ein Spielmobil hat den Auftrag, kreisweit dort präsent zu sein**, wo Kinder pädagogische Angebote, Begegnung und Unterstützung brauchen – zumal die Stadt Rottenburg dieses Angebot trotz ihrer Kreisumlage zusätzlich bereits mit jährlich 15.000 € fördert und damit seit Jahren in besonderem Maße Verantwortung übernimmt.

Besonders unverständlich ist die geplante Streichung auch im Hinblick auf das Ganztagsförderungsgesetz. Das Mokka-Spielmobil stärkt seit Jahren verlässlich Bildungs-, Betreuungs- und Ferienangebote im Grundschulbereich – und das bei weiter steigendem Bedarf. Die beantragte Erhöhung von 16.500 € auf 20.000 € ist angesichts gestiegener Lohn- und Betriebskosten nachvollziehbar. Selbst eine Kürzung wäre



eher vertretbar als ein kompletter Wegfall. Ohne die Landkreisförderung könnten Kommunen, Schulen, Kindergärten und soziale Einrichtungen dieses pädagogisch hochwertige und zugleich kostengünstige Angebot künftig kaum weiter nutzen. Wir appellieren daher eindringlich an Sie, diese Entscheidung in den anstehenden Beratungen zu korrigieren und sich klar für den Erhalt der Landkreisförderung des Mokka-Spielmobils einzusetzen.

**Mit freundlichen Grüßen - Catrin Kläger – Geschäftsführung - MOKKA e.V. (Gastbeitrag)**

# Stuttgart 21

## Inbetriebnahme frühestens 2030

**Lange galt Dezember 2025 als Eröffnungstermin, dann wurde eine Teileröffnung für Mitte bzw. Ende 2026 festgesetzt, doch jetzt wurde auch dieser Termin wieder gecancelt.**

Laut SWR-Recherchen wird die vollständige Inbetriebnahme nicht vor 2030 stattfinden, eine Teileröffnung im Tiefbahnhof wäre aber schon 2029 möglich.

Die Gründe für die erneute Verzögerung sind vielfältig: Vor allem ist es jedoch die Digitalisierung, für die S21 als Pilotprojekt dienen sollte. Dieses wurde jedoch von der Bahn gestoppt. Firmen wie Hitachi müssten aber die neue digitale Steuerungstechnik erst entwickeln, wobei sich Hitachi nur wegen der Folgeaufträge auf S21 eingelassen hat, die ebenfalls gestoppt wurden. Parallel habe auch die Deutsche Bahn ihre Abteilung für digitale Entwicklung eingestellt. Die Rechnung sei logisch: Je weniger Personal, desto länger dauere es. Und: Desto teurer werde es, auch für Firmen wie Hitachi. Hinzu kommen noch die Fehlentscheidungen im Management der Bahn: Enorme Unsicherheiten durch die Generalsanierungen sowie Testfahrten, die deutlich umfangreicher ausfallen als bisher geplant.



Doch mit diesen Problemen nicht genug: Bei der Sperrung zwischen Bad Cannstatt

und Waiblingen werden aktuell neue Techniken wieder abgebaut, so fehlerhafte Installationen, falsche Kabel und fehlerhafte Kabelschächte. Aber auch im Tiefbahnhof seien beim Bau der Bahnsteige und bei der Brandschutzanlage massive Fehler gemacht worden. Das alles müsse nun korrigiert werden. Und das führe auch dazu, dass der Kopfbahnhof deutlich länger in Betrieb bleiben muss.

Schon seit Monaten häufen sich Hinweise, dass die aktuellen Probleme bei der Bahn großes Kopferbrechen bereiten: Die Bahn äußert sich jedoch nicht dazu und nannte die genannten Informationen „Spekulationen“. Wie bereits von Bahnchefin Palla im Dezember angekündigt, bleibe es dabei, bis spätestens Mitte 2026 ein neues Inbetriebnahmekonzept zu erarbeiten und mit allen Projektpartnern verbindlich abzustimmen. Allerdings wurde ein Spitzentreffen des Lenkungskreises dazu im April abgesagt.

Für die Fahrgäste bedeutet dies weiterhin Verspätungen, Zugausfälle und die Benutzung von 500 Meter langen „Fernwanderwegen“, um zu den Gleisen des verstümmelten Kopfbahnhofs zu gelangen.

### **Was sonst noch geschah Tag der offenen Baustelle 2026**

An Ostern war es wieder mal soweit: Zum zehnten Mal fand der „Tag der offenen Baustelle“ mit über 80.000 Besuchern statt, eine Jubelfeier für die S21-Proler, die man eher als „Tag

der Propaganda“ für das „Desasterprojekt S21“ bezeichnen könnte. Vieles wurde erklärt, allerdings so kompliziert und mit Fachbegriffen gespickt, dass man nicht aus dem Staunen heraus kam und nur „Bahnhof“ verstand. Viele Fragezeichen, aber auch Enttäuschung wegen des Eröffnungstermins, waren in den Gesichtern zu sehen. Ansonsten wurde viel dafür getan, dass die eigentlichen Probleme des Projekts nicht ans Tageslicht kommen. Viel Blabla und Unwissenheit der Mitarbeiter, gewollt oder nicht, wie jedes Jahr.

### **Landtagswahl BW, Cem Özdemir wohl neuer Ministerpräsident**

Der designierte grüne MP von BW hatte schon immer eine sehr wankelmütige Einstellung zu S21 vertreten. Hier einige Pressestimmen über die Jahre verteilt:

**02.08.2010: Özdemir: „Stuttgart 21 ist noch zu verhindern“.** Obwohl die Abrissarbeiten am Bahnhof begonnen haben, ist er sicher: „Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen“.

**10.10.2010: Özdemir spricht die Sprache der Bahngegner:** „Bei Stuttgart 21 ging es nie um die Bahn“.

**11.09.2011 Özdemir: „Grüne kämpfen weiter gegen Stuttgart 21“.**

„Der Stuttgarter Bahnhof ist der pünktlichste in Deutschland. Wenn es nach uns geht, wird dieser unterirdische Bahnhof nicht gebaut, sondern der bestehende Kopfbahnhof ausgebaut“.

**09.11.2011: Özdemir fordert S21-Gegner zum Einlenken auf,** sie sollten den Ausgang der Volksabstimmung respektieren. **„Stuttgart 21 wird gebaut!“** Aber es wird 'Stuttgart 21 Plus' werden, wie es das Ergebnis der Schlichtung gewesen sei, das Projekt weiterzuentwickeln“.

**28.12.2012: Özdemir für Ende von Stuttgart 21:**

„Angesichts der steigenden Kosten mache es keinen Sinn, nach dem Vogel-Strauß-Prinzip einfach weiterzuzuscheln“.

**09. 09.2013: Özdemir stellt Bahnprojekt unter Vorbehalt:**

„Wenn laut Bundesrechnungshof die Kosten immer weiter durch die Decke schießen, werde man sich zusammensetzen müssen und überlegen, wie es weitergehen soll“.

**10.06.2018: Özdemir fordert „mea culpa“ der S21-**

**Verfechter.** Er fordert eine Entschuldigung der S21-Befürworter und nimmt seinen Parteifreund Winnie Hermann in Schutz.

**19.11.2025: Özdemir als Grünen-Spitzenkandidat für die Landtagswahl BW** zu den ständigen Verzögerungen: „Das klingt wie Hohn! Diese ewige Salamtaktik ist nicht mehr tragbar, die Folgen für die Fahrgäste kaum vermittelbar. Dieses Projekt ist ein Fass ohne Boden, es mangelt an Planungssicherheit für Stadt und Land“.

Es bleibt also spannend, wie es mit Stuttgart 21 weitergeht und ob es tatsächlich noch zu einem verbindlichen Eröffnungstermin kommt. Auch wie sich der wankelmütige Cem Özdemir als Ministerpräsident zu S21 stellen wird, bleibt abzuwarten. Wir aber werden auf jeden Fall

OBEIN BLEIBEN!

Gastbeitrag Jürgen Hückstädt (Fortsetzung folgt.)

# „Als Wal wäre ihnen das nicht passiert“

## Flucht über das Mittelmeer: Zahl der Todesopfer im Frühjahr 2026 vervielfacht

Flucht nach Europa im Sonderangebot: Weil schlechtes Wetter angekündigt ist, bieten Schleuser in Tunesien die Passage Mitte Januar billiger an. Vom halben Preis ist die Rede, manchmal noch weniger. Verzweifelte Menschen greifen trotzdem zu. Wie Augenzeugen berichten, sollen es mindestens 1.000 gewesen sein. Für viele von ihnen ist es nicht der erste Versuch. Sie wurden bereits ein- oder mehrfach von tunesischen Soldaten abgefangen und, von der EU als „Grenzmanagement“ finanziert, in der Wüste ausgesetzt. Während die Schlepper ihren Reibach machen und die „Küstenwache“ sich an den Euros aus Brüssel labt, sorgt Sturm „Harry“ für ein bitteres Ende: Alle Boote, die aufgebrochen sind, versinken in den Wellen.

Ein einziger (in Zahlen: 1) Mensch überlebt, er wird von einem Frachtschiff gerettet. Alle anderen Männer, Frauen und Kinder verschwinden in den Fluten. Offiziell nehmen die Behörden 380 Tote in die Statistik auf. Ihre Rettungsbestrebungen beschränkten sich übrigens darauf, alle Schiffe in der Gegend zu bitten, die Augen aufzuhalten...

### **Ertrunken und erfroren**

Dieser Horror zum Jahresauftakt bleibt nicht der einzige Paukenschlag des Todes im Frühjahr 2026. Im März überleben vor Tunesien nur 16 von 60 Flüchtenden eine Havarie. Wenige Tage später birgt die italienische Küstenwache Überlebende und Tote von einem Boot, das bereits seit Tagen hilflos auf See treibt. Während der Fahrt nach Lampedusa sterben weitere Menschen an Bord des Küstenwachtschiffs an Unterkühlung: Am Ende sind mindestens 19 Menschen tot. Das Schlimme dabei: Die italienische Küstenwache wusste schon mehr als 24 Stunden vorher von dem Boot in Seenot, unter-

nahm aber nichts. Am Osterwochenende schließlich kenterte ein großes Holzboot, das von Libyen gestartet war. Alarmiert vom zivilen Suchflugzeug „Sea Bird“, konnten 32 Menschen von zwei Frachtschiffen gerettet werden. Mindestens 71 Menschen sind ertrunken. Die Bilanz bis Ostern: Wenn man die offiziellen Zahlen zugrunde legt, sind seit Jahresbeginn 771 Menschen auf der Flucht im zentralen Mittelmeer gestorben – 2,5mal so viele wie im Vorjahr. Wahrscheinlich sind es sogar fünfmal so viele.

Viele dieser Toten wären vermeidbar gewesen, hätten die EU-Länder auf Notfälle sofort reagiert. Oder: wenn es eine EU-Seenotrettung im Mittelmeer gäbe. Und alle



Toten könnten vielleicht noch leben, gäbe es sichere Fluchtwege nach Europa.

### **Verlassen im Meer**

Doch daran hat die EU kein Interesse. Das verdeutlichen zwei andere Ereignisse. Mitte März rufen 116 Menschen um Hilfe, die auf einer Gasplattform gestrandet sind. Tagelang. Alle Behörden wissen Bescheid.

Rettung kommt erst nach fast einer Woche durch das zivile Rettungsschiff „Ocean Viking“ – das vor Ort aber noch stundenlang verhandeln muss, bis es die Menschen aufnehmen „darf“. Wenige Tage später ist es das deutsche zivile Rettungsschiff „Aurora“, das 71 Menschen von einer anderen Plattform rettet, die man dort fünf Tage lang darben ließ.

Am 7. April werden die italienischen Behörden die „Aurora“ deshalb für 20 Tage festsetzen und mit einer Geldstrafe belegen. Begründung: Die „Aurora“ habe die Rettungsaktion nicht mit der sogenannten libyschen Küstenwache abgestimmt. Mit der gleichen Begründung hatten die Italiener eine Woche zuvor schon die „Sea Watch 5“ festgesetzt.

**Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**

Gegen diese Strafen wird Einspruch eingelegt und geklagt. Bislang sind rund zwei Dutzend solcher Fälle vor Gericht entschieden worden – ausnahmslos zugunsten der Rettungsschiffe. Und mehr als einmal erklärten Richter:innen ausdrücklich, dass die libyschen Behörden in keinem Fall als akzeptable Partner in der Seenotrettung angesehen werden dürfen. Anders gesagt: Wer mit dieser „Küstenwache“ zusammenarbeitet, macht sich strafbar.

### **Tote – wen interessiert das?**

Das alles wissen die Behörden natürlich – und dennoch verhängen die zuständigen Präfekten (vergleichbar mit den Landräten in Deutschland) weiterhin regelmäßig Festsetzungen und Strafen, auch wenn diese von den Richter:innen kassiert werden. Warum? Ein Urteil fällt in der Regel erst, wenn die Festsetzung abgelaufen ist – und damit das Ziel erreicht: Seenotrettung wurde verhindert. Dass Italien damit über Leichen geht, spielt für die Rechtsaußen-Politiker und ihre Schergen keine Rolle. Während all das passiert, stimmt der deutsche Bundesrat einem Gesetz zu, mit dem das neue EU-Asylsystem GEAS noch einmal verschärft und übererfüllt wird. Die EU beginnt offiziell, nicht nur wie bisher die sogenannte libysche Küstenwache im „Migrationsmanagement“ zu

unterstützen, sondern auch die konkurrierenden Banden des Generals Haftar im Osten des Landes. Malta beauftragt libysche Schergen, Boote mit Flüchtenden aus ihrem Zuständigkeitsbereich zurück zu schleppen. Die Bundesregierung, nach ihrer Haltung zu bewaffneten Angriffen der libyschen EU-Partner auf die zivilen Rettungsschiffe „Ocean Viking“ und „Sea-Watch 5“ gefragt, sagt, es habe zu diesen Vorfällen „Gespräche mit libyschen Akteuren“ gegeben.

Immerhin: 128 Bundestagsabgeordnete von Linken, Grünen und SPD fordern in einem „Osterappell“ eine EU-Seenotrettung im Mittelmeer. Doch der Ruf nach einer EU-Lösung ist erfahrungsgemäß fast schon eine Garantie dafür, dass die nächsten Jahre nichts passiert. Für die Menschen auf der Flucht bleibt da nur der satirische Trost einer Headline dieser Tage: „Als Wal wäre ihnen das nicht passiert“.

-----  
Der Autor Friedhold Ulonska ist seit 10 Jahren als Kapitän in der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer aktiv, vor allem für die Organisation RESQSHIP e.V. ([www.RESQSHIP.org](http://www.RESQSHIP.org)). Kontakt über Email: [Friedhold@RESQSHIP.org](mailto:Friedhold@RESQSHIP.org).

## **Brot statt Bomben**

### **Kreis-Ecke Maggie Paal, Die Linke 17.3.26**

Wir sind die Menschen, die diesen Landkreis ausmachen. Ohne uns gäbe es keine Automobilindustrie, wären die Kühlschränke leer, die Dächer ungedeckt, der Bus würde nicht fahren und die Kinderbetreuung wäre nicht organisiert. Wir erarbeiten den Reichtum des Staates und der Gesellschaft, zahlen Steuern und haben ein anderes Regierungshandeln verdient. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum, bezahlbare Lebensmittel, bezahlbare Energie und Arbeitsplätze, die es uns ermöglichen, ein Leben in Würde und ohne Wohngeldantrag zu leben. Abseits unserer individuellen „Lebensfinanzierung“ wird nun auch bei der wichtigen kommunalen Daseinsvorsorge an uns gespart. Zur Erinnerung: Daseinsvorsorge ist nicht „was extra oben drauf“ wie Schlagsahne, sondern es ist die staatliche Aufgabe, die Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen wie Wasser, Energie, Verkehr, Bildung und Gesundheit zu versorgen. Zum Beispiel das lebensnotwendige Gut von bezahlbarem Wohnraum. Wir Menschen wollen kein Extra, sondern das, was uns nach dem Grundgesetz zusteht.

In Kriegszeiten wird der Gürtel des Staates ganz eng geschnallt – schließlich müssen die „explodierenden“ Rüstungsausgaben

ja bezahlt werden. Die Sparpolitik macht auch vor dem Landkreis keinen Halt und schon am Jahresanfang wird für den kommenden Haushalt eine fleißige Kürzungsdebatte geführt. Was ist eine Pflichtleistung und was ist „freiwillig“? Braucht es noch Kulturförderung oder sollen nur noch Reiche ins Theater? Braucht es noch Frauenhäuser, Beratung bei Essstörungen und Gewaltprävention - oder kann das weg? Zu einer gesunden Gesellschaft gehört nicht nur finanzielle Unterstützung von Menschen in Notlagen, sondern auch der Erhalt der kulturellen und sozialen Angebote. Saniert wird der Staatshaushalt nicht dadurch, dass er den Armen das wenige, das sie besitzen, auch noch wegnimmt. Statt „Armutsverwaltung“ zu betreiben, sollten die Regierungen aller Ebenen und ihre Verwaltungsbehörden alle Hebel in Bewegung setzen, um sie dauerhaft zu beseitigen.<sup>[1]</sup> Deswegen: die Reichen zur Kasse bitten, damit die restliche Bevölkerung nicht die Zeche zahlt. Und das Geld bitte nicht in sinnlosen Kriegen verpulvern, die Menschen töten und den Planeten zerstören. Es gibt so viele schöne Dinge, wo das Geld besser angelegt wäre, auch in unserem Landkreis. Her mit dem Politikwechsel - wir Menschen haben es verdient!



# Rottenburg nimmt am ersten Frauenstreik teil

## Rechtsradikale Hetze gegen Frauen ist abscheulich und gefährdet unsere Demokratie

Ganz in Pink nahmen rund 30 Frauen auf der Fußgängerbrücke mit einem Tisch und viel Informationsmaterial am ersten globalen Frauenstreik am 9. März teil. Wobei „Streik“ mehr symbolisch als Protestform gemeint war. Allerdings hatte in Hirrlingen auch eine Zahnärztinnenpraxis samt Belegschaft wegen der Aktion geschlossen.

Deutschlandweit nahmen mehr als 55 Regionalgruppen an der Aktion teil, manchmal auch mit Ansprachen, einem queeren Chor, einer Aktion des LTT-Frauentheaters und Musik wie in Tübingen. Vorbild ist ein Streik von 90 Prozent von Isländerinnen vor 50 Jahren mit dem Slogan von Margret Rún „Gleichstellung und Gleichberechtigung sind eine Anleitung zum Glückseligkeit“. In Spanien demonstrierten tausende Frauen gegen sexuelle Deepfakes und forderten von der Regierung Maßnahmen dagegen.

In Deutschland fand der Frauenstreik unter dem Motto „Enough – Genug – Basta“ statt. Denn allein 2024 wurden laut Bundeskriminalamt 308 Frauen und Mädchen getötet und über 187.000 Opfer männlicher Gewalt – es reicht. Darauf hatten einige schon mit Plakataktionen am Zaun der Fußgängerbrücke aufmerksam gemacht! Aber immer noch wehren sich Kommunen, Frauenhäuser oder -unterkünfte bereitzustellen, weil die Frauen ja aus anderen Kommunen kommen. Damit hätten sie in der Anonymität einen besseren Schutz vor ihren gewalttätigen Männern!

### Frauenhass nimmt zu

Gezielte Hasskampagnen gegen Frauen in rechtsextremen Social-Media wie Nius vom Ex-Bild-Chefredakteur Julian Reichelt nehmen in den letzten Jahren stark zu und werden zu einer „Rampe für den Frauenhass, der sich ungehemmt entlädt“ (Peter Jelinek). Berühmt-berüchtigt ist die Kampagne gegen die Wahl der Jura-Professorin Frauke Brosius-Gersdorf zur Verfassungsrichterin. Zusammen mit der AfD-lerin Beatrix von Storch hetzten christliche Fundamentalistinnen und CDU-ler gegen die SPD-Kandidatin: Sie sei eine „radikale linke Lebensfeindin“ und bereite mit der SPD einen „links-grünen Putsch“ vor, weil sie als Mitglied der ExpertInnenkommission für die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen gearbeitet habe. Sie spreche einem neun Monate alten Fötus keine Menschenwürde zu, so von Storch im Bundestag. Die Kampagne wurde über Nius mit 20 Texten gegen die ‚Richterin des Grauens‘ organisiert. Hinzu kamen 146.000 Unterschriften auf Plattformen wie CitizinGo, 37.000 Mails an die Organisation 1000plus an Abgeordnete, bis Brosius-Gersdorf auf eine Kandidatur verzichtete.

Eine weitere Kampagne galt der Rechtsprofessorin Ann-Katrin Kaufhold, der vom früheren Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes ein „Komplettumbau der Gesellschaft“ vorgeworfen wurde, sie sei eine „Enteignungsbefürworterin“. Sie

hatte sich mit der Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne beschäftigt, nachdem die Berliner Bevölkerung 2021 mit deutlicher Mehrheit in einem Volksentscheid dafür votiert hatte! Allerdings scheiterte diese Kampagne, Kaufhold ist seit Oktober 2025 Vorsitzende des Zweiten Senats und Vizepräsidentin des Bundesverfassungsgerichts.

### Drahtzieher des Frauenhasses

Recherchen von Mitgliedern des EU-Parlaments haben ergeben, dass allein von 2019-2023 fast 1,2 Milliarden Dollar (!) an 275 Anti-Gender-Initiativen wie die spanische „Stiftung“ CitizinGo, Alfa und andere frauenfeindliche Organisationen flossen. Sie wollen einen Kulturkampf „Gut gegen Böse“ nach US-Vorbild führen. Kriegspräsident Trump hatte 2022 das Recht auf Schwangerschaftsabbruch gekippt. Ziel der rechten Geschlechterpolitik ist es nicht, die Erniedrigung und soziale Missachtung der Frauen – fünf Euro pro Stunde weniger selbst bei gleicher Arbeit in Deutschland, Bayern liegt mit einem Unterschied von 5,28 Euro (19 Prozent) an der Spitze – zu beseitigen und dadurch Lebenschancen für Ungeborene und Frauen zu verbessern. Ein (körperliches) Selbstbestimmungsrecht für



Frauen existiert für Rechtsextreme nicht. Sondern sie sollen von machtgerigen Hyperreichen sexuell beherrscht und ausgebeutet werden, siehe Epstein, Elon Musk und Trump und ihre Macho-Nachahmern.

### Digitale Frauenverfolgung

Über die Plattform X von Elon Musk mit der künstlichen Intelligenz Grok lassen sich problemlos sexuelle und pornografische Bilder und Videos ohne Einwilligung betroffener Frauen erstellen. Gegen diese ‚digitale Genderviolenz‘ bereitet die spanische Regierung jetzt ein Gesetz vor. Schon 2004 hatte sie ein Gesetz gegen geschlechtsspezifische Gewalt beschlossen: In jedem Amtsgericht gibt es eine eigene Abteilung mit speziell ausgebildeten Richterinnen. Und seit 2022 gibt es das Gesetz zur sexuellen Selbstbestimmung, landesweit wird es „Nur Ja ist Ja“ genannt: „Es stellt nicht nur direkte Übergriffe unter Strafe, sondern auch Belästigungen, Exhibitionismus, sexuelle Provokation, sexuelle Ausbeutung, Missbrauch Minderjähriger, Genitalverstümmelung, Zwangsehe, Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung sowie die Verbreitung sexueller Gewaltakte in digitalen Medien und die sexuelle Erpressung etwa in sozialen Netzwerken oder Chats.“ (taz, 20.3.2026) Jetzt soll die Verwendung einer Stimme oder des Bildes einer Person ohne deren Einwilligung unter Strafe gestellt werden. Doch in Deutschland sehen die Lobbyisten der Digitalkonzerne mal wieder ihre Profite in Gefahr. Mal sehen, wie sich Justizministerin Hubig dagegen durchsetzen wird?!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

# Gesundheitsreform

## Gerne, aber nicht so!

Das Streichkonzert im sozialen Bereich geht weiter. Nach den Verschärfungen in der Grundsicherung geht es jetzt an die Gesundheitsausgaben. Die seien nicht mehr auf Dauer tragbar, heißt es aus dem Gesundheitsministerium. In einer Koalition, in welcher der SPD ihr „S“ so wenig wert ist wie der CDU ihr „C“ ist absehbar, dass die Vorschläge glatt durchgewunken werden. Uns erwarten höhere Zuzahlungen bei Medikamenten und Hilfsmitteln, Senkung des Krankengeldes. Verkürzung des Krankengeldanspruchs. Ein Aus für die Mitversicherung der Ehepartner\*innen. Und vieles mehr. Die Kürzungen werden als „Kraftakt“ gefeiert – als koste es besonders viel Stärke, bei den Kranken zu sparen. Als gäbe es keine Alternativen. An systembedingte Kostentreiber wagt man sich dagegen nicht heran – und man traut sich auch nicht den Besserverdienenden und Vermögenden Zumutbares zuzumuten.

### **Kosten, über die man nicht redet.**

Durch eine grundlegende Reform des Kassensystems, könnte tatsächlich viel eingespart werden. Eine Entwirrung und Vereinheitlichung ist überfällig. Brauchen wir wirklich eine solch große Anzahl von Kassen mit ihrem jeweils eigenen Verwaltungsapparat? Brauchen wir wirklich eine Konkurrenz zwischen Kassen, obwohl sie doch alle gleichermaßen verpflichtet sind, medizinisch notwendige Leistungen nach den einheitlichen Regeln zu ermöglichen? Im Gegenteil verursacht der Wettbewerb der Kassen um zahlende Mitglieder hohe Ausgaben. Erst vor kurzem ist die AOK ins Gerede gekommen, weil sie millionenschwere Marketingverträge ausschrieb. Beiträge werden verpulvert, um Beitragszahlende von anderen Kassen abzuwerben – die sie dann selbst wieder teuer zurückwerben müssen. Aber auch auf der Einnahmeseite gibt es Möglichkeiten. Man muß sich nur trauen.

### **Herumliegendes Geld**

Dem Gesundheitssystem gehen Unsummen dadurch verloren, dass man Erwerbstätigen ab einer bestimmten Einkommenshöhe Anreize setzt, sich aus den Gesetzlichen zu verabschieden, um sich günstiger privat zu versichern. Ausgerechnet die direkt aus Staatsmitteln besoldeten Be-

amt\*innen nimmt man ganz aus den Gesetzlichen aus und lässt Steuermittel in den privaten Gesundheitsmarkt abfließen. Und damit sind wir nur beim Faktor Arbeit – was ist eigentlich mit dem Kapital?

Die weiter ins Unermessliche wachsenden Vermögen der oberen fünf Prozent werden weiterhin nicht herangezogen. Während man tapfer bei den Lohnabhängigen Leistung um Leistung streicht, fehlt die Courage, auch Kapitalerträge mit Versicherungsabgaben zu belegen (von einer Durchsetzung der Erbschaftssteuer bei Milliardärsfamilien, oder gar einer Vermögenssteuer ganz zu schweigen).

### **Ein klitzekleines bisschen Solidarität ist keine Gerechtigkeit!**

Um doch noch eine mit einer solidarisch klingenden Nachricht in die Tagesschau zu kommen, werden Besserverdienende nun auch „höher belastet“. Einkommen sollen bald nicht mehr schon ab 5.800 Euro, sondern erst ab 6.100 versicherungsfrei sein. Maximal würden Besserverdienende damit gerade einmal 43,80 im Monat mehr zahlen. Allenfalls ist das ein Anreiz, sich privat zu versichern, was in der Regel um einiges günstiger ist. Wenn man mehr als 6.450 Euro im Monat verdient, kommt man bei den Privaten teilweise um die Hälfte billiger weg als bei den Gesetzlichen –

wer weniger bekommt muss in der Pflichtversicherung bleiben.

Ein gerechtes Gesundheitssystem würde hohe Einkommen höher belasten als niedrige. Aus gutem Grund: Je niedriger das Einkommen, desto höher die Wahrscheinlichkeit früher und schwerer zu erkranken als andere – und desto niedriger die gesunde Lebenserwartung. Der Abstand zwischen den „obersten“ und „untersten“ zehnten Prozent beträgt hier um die zehn Jahre! Dass belastende Arbeitsbedingungen, schlechte Lebensverhältnisse und wenig gesundheitsförderliche Konsumgüter eine große Rolle in dieser Ungleichheit in Gesundheit und Krankheit, Leben und Tod spielen, ist belegt. Zugleich nehmen wir hin, dass das Gesundheitssystem vor allem von der Leistung derer getragen wird, die den größten gesundheitlichen Schaden erleiden. Und wir sehen dabei zu, wie diejenigen, die den größten Nutzen aus dem Wirtschaftssystem ziehen, sich aus der Verantwortung stehlen dürfen.

Matthias Varul



**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

# 102 neue Ganztagschulen im Ländle – und Rottenburg?

## Schleichende Elternfinanzierung

Im neuen Schuljahr ab Herbst 2026/2027 sollen im Ländle 102 neue Ganztagschulen an den Start gehen, das sind 81 Grundschulen, 16 sonderpädagogische Einrichtungen (SBBZ), eine Realschule und vier Gymnasien. Damit gibt es für den Grundschulbereich 1.078 Ganztagschulen.

„Ganztagschule steht für individuelle Förderung, zusätzliche Lernzeiten und ein vielfältiges pädagogisches Angebot, das Unterricht, Ruhe- und Übungsphasen, aber auch Sport, Musik und Kreativität sinnvoll miteinander verbindet. Ganztagschulen sind zentraler Baustein für mehr Bildungsgerechtigkeit. Darüber hinaus erleichtern sie den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, erklärte Ministerin Schopper. Bis zum Schuljahr 2029/2030 soll der Rechtsanspruch auf ein Ganztagschulplatz in den Grundschulen erfüllt sein, indem jedes Schuljahr eine Jahrgangsstufe hinzukommt.

### **Das Leitbild**

„Ziel ist es, ein Aufwachsen zu unterstützen, bei dem die körperliche, geistige, emotionale und psychische Gesundheit gestärkt“ wird und das Kind seine Persönlichkeit entwickeln kann. Das Kultusministerium bezieht sich auf die UN-Kinderrechtskonvention und betont, dass in den ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangeboten „der Grundstein für lebenslange, gesundheitsförderliche Ernährungsgewohnheiten gelegt“ wird. Außerdem soll durch Aktivitäten in der Natur eine „Grundlage für ökologisches Bewusstsein gelegt werden“. Ob diese hohen Ansprüche allerdings erfüllt werden können, muss sich erst noch zeigen. Denn die Eltern haben die Wahl zwischen der verbindlichen Teilnahme am Ganztag oder ein flexibles Zeitmodell.

### **Finanzierung**

Offiziell erklärt das Stuttgarter Kultusministerium, dass es 68 Prozent der Betriebskosten trägt, und zwar unter Einbeziehung der Bundesmittel. Den Rest sollen die überschuldeten Kommunen tragen! Von den Bundesmitteln erhält das Ländle insgesamt 456,2 Mio. Euro, was mal wieder hinten und vorne nicht reichen wird. Bis 2029 wird Baden-Württemberg zusätzlich 861 Mio. Euro ausgeben. Denn „bei den Ganztagschulen sind zusätzliche Räume und Flächen für den Essens-, Ganztags- und Freizeitbereich“ notwendig und können von den Kommunen beantragt werden.

Zwar sind Ganztagschulen grundsätzlich kostenfrei, doch mit einem entscheidenden Haken: „Für Betreuungsangebote kom-

munaler oder freier Träger ergänzend zum Unterricht und in den Ferien hingegen können Elternbeiträge (!) erhoben werden.“ Mit diesem „Haken“ rechtfertigt die Landesregierung wie schon im Kita-Bereich ihre Unterfinanzierung von Bildung zu Lasten von Alleinerziehenden (zu 90 Prozent schlecht bezahlter Frauenarbeit) und finanzschwachen Familien.

Da das Land für den Schulbetrieb und die Lehrkräfte verantwortlich ist, können die Kommunen zusätzliche Lehrerstunden beantragen – oder dies in Geld umwandeln, um außerschulische Partner davon zu bezahlen.

### **Was macht Rottenburg daraus?**

Bisher gibt es an den Grundschulen Kreuzerfeld, Hohenberg und Baisingen Ganztagsbetreuung. Für Dettingen, Ergenzingen und Oberndorf wurde im April 2024 Fördermittel für den Ausbau beantragt. Bei den aktuellen Förderzusagen wurde Rottenburg nicht berücksichtigt. Aber OB Neher will sich an allen Grundschulen für Ganztagsbetreuung einsetzen. Deshalb wurde ein Dachverein gegründet, der einen verlässlichen und qualitativvollen Ganztagsunterricht gewährleisten soll. Unterstützt wird er durch hauptamtliches Personal, von der Stadt bezahlt. Je nach Bedarf sollen Vereine an allen Grundschulen eine Betreuung an fünf Tagen bis zu acht Stunden ermöglichen.

An der Grundschule Kreuzerfeld können die Kinder (nach dem Wahlmodell) für den Ganztag von 7.30 bis 15.30 Uhr angemeldet werden und erhalten in der Mensa ein Mittagessen. Für diesen Ganztag erfolgt die Anmeldung für ein Schuljahr und es gilt dann die Schulpflicht.

Ob Eltern dieses städtische Angebot wahrnehmen, hängt von drei Dingen ab, wie sich an den heftigen Diskussionen im Tübinger und Mössinger Gemeinderat zeigt: Erstens von der Attraktivität der Zusatzangebote. Zweitens von ausreichend qualifiziertem Personal und drittens von den Kosten: Die Stadt muss die Gelder des Landes für ein kostenloses Mittagessen und für die Zusatzangebote einsetzen. Sonst handelt es sich schlicht um die Einführung von Schulgeld, weil Ganztagschulen laut Bundesgesetz grundsätzlich öffentliche Bildungseinrichtungen sind. Deshalb muss der Gemeinderat vom Land 100 Prozent Finanzierung einfordern. Außerdem wird es höchste Zeit, dass der kommunale Anteil an den eingenommenen Gemeinschaftssteuern (Mehrwertsteuer u.ä.) endlich erhöht wird!

*Kurz und bündig!*

### **Mindestlohn umgangen**

Durch eine Anfrage von Anne Zerr, Reutlinger Bundestagsabgeordnete der Linken, kam heraus, wie wenig die Einhaltung des Mindestlohns, aktuell 13,90 Euro, kontrolliert wird, im Ländle nur 3.517 Unternehmer und knapp 40.000 Beschäftigte. Das bedeutet: Ein Betrieb wird alle 116 Jahre (!) einmal kontrolliert. Der hiesige Zoll nahm Betriebe im Bau-, Gast-, Logistik- und Friseurgewerbe unter die Lupe und leitete fast 14.000 Strafverfahren ein. Betroffen sind vor allem nicht tarifgebundene Unternehmen. Das ist die dritthöchste Zahl in Deutschland. Laut Zerr werden nur 0,3 Prozent der Fälle überhaupt verfolgt. Bekanntlich verhindert die CDU, dass kommunale Arbeiten nur noch an tarifgebundene Betriebe vergeben werden.

# Mit sofortiger Wirkung werden Integrationskurse gekürzt

## Dobrindt (CSU) schreitet mit rassistischer „Asylwende“ voran

Ihre aufrüttelnder, sehr anschauliche Rottenburger Rathausrunde titelt Agnieszka Löffler (Grüne) mit „Macht mich fassungslos“ (17.3.2026): „Als ich vor vielen Jahren aus Polen nach Tübingen kam, war Sprache der Schlüssel zu allem: zur Arbeit, zu Freundschaften, zur politischen Teilhabe.“ Doch jetzt lässt Dobrindt die Integrationskurse zusammenstreichen. Dabei, so Agnieszka, vermitteln diese Kurse mehr als Grammatikunterricht: „Sie vermitteln auch, wie unsere Demokratie funktioniert: Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung, Respekt.“ Das soll laut Dobrindt Geschichte sein: Mit sofortiger Wirkung hat das BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) unter seiner Führung den Zugang zu kostenfreien Integrationskursen radikal zusammengestrichen. Nur noch Personen mit gesicherter Bleibeperspektive dürfen an diesen Kursen gebührenfrei teilnehmen. Das bedeutet, dass über die Hälfte der rund 300.000 Teilnehmer aktuell die Kosten selbst tragen müssten, wenn überhaupt noch Platz für sie ist. Zwei Drittel der „freiwilligen“ Teilnehmerinnen beim Infö in Tübingen sind Frauen. Da Kitaplätze für ihre Kinder Mangelware sind, können sie keinen ganztägigen Kurs belegen. Teilnahmepflicht besteht für Geflüchtete, die einen positiven Asylantrag besitzen, und Ausländer, die vom Jobcenter betreut werden. Asylbewerber im Verfahren, Geduldete, Migranten aus der EU sowie Flüchtlinge aus der Ukraine müssen 450 Euro selbst zahlen bei künftig 455 Euro monatlich! In Tübingen kosten 100 Stunden beim Infö 485 Euro, sechs Monate lange, die Prüfung zusätzlich 180 Euro. Damit wird nicht einmal das Mindestniveau von Stufe A1 erreicht.

### Wer „spart“ hier?

Diese menschenverachtende Politik ist die Kehrseite dessen, was die Bundesregierung mit GEAS an Verhinderung der Seenotrettung im Mittelmeer betreibt (siehe Gastbeitrag von Friedhold Ulonska „Als Wal wäre ihnen das nicht passiert“). Offiziell begründet Dobrindt seine Maßnahme mit angeblichen „Sparmaßnahmen“ im Bundeshaushalt und erhält viel Zuspruch der CDU. Christina Stumpp (CDU) spricht von einer „Kostenexplosion“, da die wachsende Zahl der Anspruchsberechtigten Gelder von rund 1,3 Milliarden Euro verursacht habe. Die Bildungsgewerkschaft GEW hält dagegen und startet eine Petition: „Der aktuelle Zulassungsstopp zu den Kursen ist ein riesiger Skandal! Die Gelder sind im Bundeshaushalt bewilligt, finanzielle Gründe können also nicht der Hintergrund sein.“ Hinzu kommt, dass Dobrindt mit seiner Sofortmaßnahme die Arbeitslosigkeit von etwa 2.000 Lehrkräfte verursacht und jegliche Planung von Schulungskursen und Volkshochschulen über den Haufen wirft.

### Protest der Wirtschaft

In vielen Branchen fehlen Fachkräfte in Deutschland, besonders im Gesundheitswesen, dem (Wohnungs-)Bau und dem Einzelhandel. Deshalb haben Ende Februar über 200 Unternehmen einen Offenen Brief an Dobrindt geschrieben, darunter Ikea, der Eis-Hersteller Ben&Jerry's. Darin heißt es: „Wer die Potenziale zugewanderter Menschen auf dem Arbeitsmarkt nutzen will, muss die sprachlichen Voraussetzungen dafür schaffen.“ In der Tat benötigt Deutschland jährlich eine Zuwanderung von 400.000 Arbeitskräften und der Arbeitsmarkt verlangt immer noch sehr gute deutsche Sprachkennt-

nisse. Wenn Dobrindt glaubt, allein berufliche Fachsprachen reichen, dann zeigt er, wie wenig er vom Spracherwerb Ahnung hat: Die IBA in Wendelsheim mit ihrem hohen Anteil an Auszubildenden mit Migrationshintergrund weiß, dass Fachsprachen-Kenntnisse längst nicht ausreichen, um am gesellschaftlichen Alltagsleben teilzunehmen. Deshalb umfassen die Integrationskurse an den fünf Wochentagen 600 Stunden und zusätzlich 100 Stunden Orientierung (dt. Rechtssystem, Gesellschaftsordnung und Grundrechte).

### Belastung der Kommunen

„Wer hier spare, verursache an anderer Stelle hohe Folgekosten, weil der Eintritt in den Arbeitsmarkt verzögert wird“, kritisiert Tobias Diemer, Direktor des Volkshochschulverbandes Baden-Württemberg, die Maßnahme des BAMF. Denn Geflüchtete mit einer Arbeitsstelle produzieren etwas, zahlen Steuern und Sozialabgaben. „Wer kein Deutsch spricht, kommt in aller Regel nur für Jobs im Niedriglohndektor in Betracht“, so die Linke Clara Bünger, Mitglied der Bundestags. Ansonsten müssen die Kommunen und Landkreise für sie als Arbeitslose aufkommen. Deshalb sprechen Landrat Henrik Bednarz, Bürgermeister von Boris Palmer, Thomas Hölsch, Stefan Neher, Michael Bulander und Vorsitzender der Handwerkskammer Reutlingen und der IHK parteiübergreifend von einer „verheerenden Entscheidung“ und fordern die Rücknahme der Kürzung. Sprache sei der Schlüssel zur Integration in unsere Gesellschaft und grundsätzlich auch in den Arbeitsmarkt: „Wieso sollten selbst gut ausgebildete Menschen aus anderen Ländern der Welt zu uns nach Deutschland kommen, wenn sie sich nicht willkommen fühlen. So werden wir unseren immensen Arbeits- und Fachkräftebedarf nicht decken können.“

### Dobrindts Asylwende

Im Wettstreit mit der AfD, wer fremdenfeindlicher und rassistischer ist, verbirgt Dobrindt seine Pläne unter dem zu kurzen Mäntelchen des „Sparzwangs“ im Bundeshaushalt – auf Kosten der Kommunen und Landkreise, die die Kosten für seine Maßnahmen zahlen müssen. Und Dobrindt kommt voran: Zuerst die immer wieder verlängerten Grenzkontrollen, dann der ausgesetzte Familiennachzug bis 2027, jetzt die Streichung gebührenfreier Integrationskurse. Die aktuelle Krönung ist die deutsche Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Dadurch wird das Asylverfahren an die EU-Außengrenzen „ausgelagert“, so dass Geflüchtete keinen Anspruch auf ein deutsches Rechtsverfahren haben, Lager außerhalb der EU eingerichtet werden und darin Geflüchtete und selbst



Kindern in eine „Defacto-Haft für Asylsuchende kommen“, bis über sie entschieden wird – der absolute „Verlust an Rechtsstaatlichkeit“, so Lukas Benner (Grüne). Zu Recht kritisiert die Geschäftsführerin des Infö Aida Hartmann in Tübingen das Vorgehen des BAMF als „menschenverachtende Einstellung“! DIE LINKE fordert: Dobrindt muss diese Entscheidung sofort zurücknehmen, um gesellschaftliche und berufliche Integration und Arbeitsplätze zu ermöglichen, Arbeitsplätze der Lehrkräfte zu erhalten und hohe Kosten für die Kommunen und Landkreise zu verhindern – sonst gefährdet Dobrindt seinen eigenen Arbeitsplatz!

E.P.

# Landtagswahl Baden-Württemberg 8. März 2006

## Einschätzung

1. Die LT-Wahl zeigt einen deutlichen Rechtsruck durch die Verdopplung der Stimmen für die AfD und die Stimmen für die CDU. Beide zusammen haben um 14,6 % zugenommen und kommen somit auf 48,4 % aller Stimmen. Zugleich ist die Wahlbeteiligung auf knapp 70% gestiegen. Das gleiche Bild gilt für Rheinland-Pfalz, wo die AfD mit ihrer Verdoppelung des Stimmenanteils das höchste Ergebnis in Westdeutschland erreicht hat.

2. Trotz dieses rechten Zuwachses haben die Grünen mit Cem Özdemir die Mehrheit der Stimmen erreicht. Viele haben Özdemir als „kleineres Übel“ gegenüber Manuel Hagel (CDU) gewählt, so dass man fast von einer Anti-Hagel-Wahl sprechen kann. Özdemir hat sich bewusst nicht als Grüner ausgewiesen, sondern auf den Plakaten das Parteilogos vermieden und sich zugleich offen von den „linken“ Bundes-Grünen abgesetzt, will heißen: Ich mache mein eigenes konservativ-pragmatisches Ding unabhängig von Berlin, mit Schwerpunkten Künstliche Intelligenz (siehe Grünen-Finanzminister Bayaz) und Rüstungsindustrie. Dies hat schon am Wahlabend den Protest der Grünen Jugend hervorgerufen, die einen stärkeren sozialen Kurs der Grünen in BW gefordert haben. Sie wurden von Özdemir gleich zurückgepfiffen.

3. Für DIE LINKE in BW ist das Ergebnis zwiespältig. Einerseits wurde das erklärte Wahlziel des Einzugs in den Landtag nicht erreicht. Andererseits hat Die Linke an Stimmen dazugewonnen und das beste Ergebnis bei einer Landtagswahl in BW erhalten - fast 92.000 Erststimmen bzw. 64.000 Zweitstimmen Wähler\*innen mehr und 14 Prozent der Erstwähler\*innen. Dies verdankt Die Linke dem großen Engagement der vielen neuen jungen Mitglieder und neuen Aktionsformen wie den Hausbesuchen.

Aber das Ergebnis zeigt auch Schwächen auf, denn Wahlbezirke über 5 Prozent sind große und universitäre Städte wie Stuttgart, Ludwigsburg, Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim, Freiburg, Tübingen und Konstanz. Jedoch ist BW ein Flächenland, ohne Erfolge auf dem flachen Land werden wir vielleicht einmal den Einzug in den Landtag erreichen, aber nicht dauerhaft halten

können. Außerdem darf Die Linke das flache Land nicht den Rechtsextremen überlassen!

In Rottenburg haben wir gute Ergebnisse (Zweitstimmen) in den Wahlkreisen Zehntscheuer, EGB, Rettungszentrum, Berufliche Schulen, Kindertagesstätte Yalova-Straße und Grundschule Kreuzerfeld erreicht. In den Teilorten sind wir nur in Bad Niedernau, Bieringen, Kiebingen und Weiler über die 5-Prozent-Hürde gekommen. Allerdings haben wir uns überall

leicht verbessert und nur in Eckenweiler Stimmen verloren. Insgesamt zeigt sich die Spaltung zwischen städtischen und ländlichen Bereich auch für unsere Stadt und stellt uns vor die Aufgabe, wie wir den städtischen Bereich festigen und in den landwirtschaftlich geprägten Teilorten (z.B. durch Infostände in größeren Abständen) die Linke mit einem sozialökologischen Pro-



gramm aufbauen.

4. Diese Stadt-Land-Spaltung zeigt sich auch in Rheinland-Pfalz. Dort hat die Linke in großen Städten gewonnen, teilweise wie in Mainz über 13 Prozent. Bei den Unter-25-Jährigen liegen wir mit 16 % vor der CDU, ganz schwach sind wir bei der Altersgruppe über 65 Jahren. Die Zukunft ist LINKS!

5. Daraus folgt: Wir brauchen **zusätzlich** zu einer Festigung für eine (groß-)städtische Wählerschaft ein zweites Programmpaket für das flache Land, z.B. unter dem Titel „Vorsorgungssicherheit“ in den Bereichen Pflege, Gesundheit, (erneuerbare) Energie, Mobilität, Bildung, zusammengefasst: finanzstarke und zukunftsichere Kommunen (ausreichender Anteil an den Gemeinschaftssteuern und progressive Vermögens- und Erbschaftssteuern). Ein Ansatzpunkt, um den Widerstand der Bürgerinnen und Bürger gegen den Angriff auf den Sozialstaat von den Kommunen her aufzubauen, ist das neue Bündnis von 14 Organisationen (Gewerkschaften, Sozialverbände, Naturschützer vom BUND), die 30 Mio. Mitglieder repräsentieren und den Kampf für Klimaschutz mit sozialer Sicherheit verbinden wollen, so die IG Metall!

Emanuel Peter

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

# Über 20 Millionen Personen für starken Sozialstaat

## Neues Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Naturschützern

Kurz nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg hat sich ein neues bundesweites Bündnis von 14 Organisationen gegen die täglichen Angriffe konservativer Parteien und Unternehmer auf den Sozialstaat gegründet. Dies gaben die Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier (Sozialverband Deutschland), Eva-Maria Welskop-Deffaa (Caritasverband), Verena Graichen (BUND), Frank Werneke (Ver.di) und Verena Bentele (Sozialverband VdK) bekannt. „Praktisch alles wird angegriffen“, so Werneke und nannte als Beispiele das Recht auf Teilzeit und den Achtstunden-Tag. „Wer den Sozialstaat dauerhaft sichern will, muss deshalb auch dafür sorgen, dass Hochvermögende stärker zum Gemeinwohl beitragen,“ so Engelmeier. In der gemeinsamen Erklärung heißt es: „Wer behauptet, der Sozialstaat sei nicht finanzierbar, macht Politik für Wenige gegen die Interessen aller.“ Der Sozialstaat wird als unverzichtbare Grundlage unserer Demokratie angesehen - „Wer den Sozialstaat kaputtspart, gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und spielt Populisten in die Hände“, so Engelmeier.

### Fünf zentrale Ziele

Deshalb hat sich das

Bündnis auf fünf zentrale Ziele geeinigt:

- „Wir wollen starke, verlässliche und solidarisch finanzierte soziale Sicherungssysteme und eine gerechte und auskömmliche Finanzierung des Gemeinwesens.“

- Wir wollen einen handlungsfähigen und bürgernahen Sozialstaat in Bund, Land und Kommunen.
- Wir wollen einen Sozialstaat, der Gute Arbeit sichert, Übergänge auf dem Arbeitsmarkt in Krisenzeiten ermöglicht und Arbeitslosigkeit vorbeugt.
- Wir wollen einen Sozialstaat, der Armut verhindert, soziale Ungleichheit verringert, Inklusion fördert und soziale und wirtschaftliche Teilhabe für alle ermöglicht.
- Wir wollen einen Sozialstaat, der das Klima schützt und den ökologischen Umbau mit sozialer Sicherheit verbindet.“

Das Bündnis präsentierte eine repräsentative Umfrage: 95 Prozent wollen eine menschenwürdige stationäre und ambulante Pflege, die niemanden finanziell überfordert - 73 Prozent, dass Hyperreiche stärker als bisher finanziell herangezogen werden - 79 Prozent der Befragten meinen, dass ein leistungsfähiger Sozialstaat den gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie stärkt. Deshalb tritt das Bündnis für eine solidarische und verlässliche Finanzierung guter Renten, Gesundheitssysteme und Pflege ein. Der Sozialstaat müsse in Bund, Ländern und Kommunen handlungsfähig sein und für eine leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge ausreichend Mittel erhalten. Außerdem müsse der Klimaschutz mit sozialer Sicherheit verbunden und Kosten dafür gerecht verteilt werden.



*Kurz und bündig!*

### Skandalöse Verhältnisse bei Obdachlosigkeit

Seit 2022 hat sich die Zahl der wohnungslosen Minderjährigen auf rund 137.000 Jugendliche unter 18 Jahren fast verdreifacht. An der Spitze liegen Nordrhein-Westfalen (31.700), Baden-Württemberg (29.500) und Berlin (15.700) Jugendliche. Zwischen 18 und 25 Jahren waren 55.700 Personen ohne festen Wohnsitz, die im Durchschnitt 150 Monate und entweder auf der Straße leben oder in Unterkünften der Wohlfahrtsorganisationen untergebracht werden müssen. Dies geht aus einer Anfrage von Sahra Mirow, Bundestagsabgeordnete der Linken und Sprecherin für soziales Wohnen hervor. Sie bezeichnete dies als „beispielloses sozialpolitisches Versagen“ der Regierung: „Wir dürfen nicht zulassen, dass junge Menschen in Notunterkünften vergessen werden, wo sie prägende Jahre ihres Lebens verlieren.“

In Hamburg wurde das Pik-As, die älteste Notunterkunft Deutschland saniert und wiedereröffnet. Für 290 Menschen bietet sie bis zu 330 Schlafplätze, erstmals einen Fahrstuhl sowie 33 Lebensplätze in Einzelzimmern für ältere, oft chronisch Kranke barrierefrei mit Bad und Küchenzeile. Die Untergebrachten erhalten Hilfe im Alltag, ambulante Pflege und Beratung. Es geht also auch anders!

**Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!** **Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!** **Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**

# Heraus zum 1. Mai!

Union und SPD greifen unsere erkämpften Rechte an. Sie wollen die Arbeitszeiten ausweiten, Feiertage streichen und Überstunden für Unternehmen billiger machen. Das bedeutet mehr Stress, weniger Freizeit und schlechtere Lebensbedingungen für uns alle.

Während Milliarden in Panzer und Kampfflugzeuge fließen, wird bei uns gekürzt. Sozialleistungen werden gestrichen, Mieten steigen weiter, Energie- und Lebensmittelpreise explodieren. Doch statt endlich die Superreichen daran zu beteiligen, dass das Leben für die Mehrheit einfacher wird, werden Erwerbslose und Geflüchtete zu Sündenböcken gemacht.

## Wir sagen: Schluss damit!

Am 1. Mai gehen wir auf die Straße – für Löhne, die zum Leben reichen, eine soziale Absicherung, die diesen Namen verdient und eine Vermögensteuer für Millionäre und Milliardenäre.



## Spielsand ist asbestbelastet

Die Stiftung Warentest hat 18 bunte Spiel- und Bastelsandprodukte zum Gebrauch in Innenräumen untersucht und in sechs davon Asbest gefunden, der beim Einatmen Krebs erzeugen kann. Deshalb ist Asbest seit 1936 als häufigste Ursache für Berufskrankheiten der Atemwege streng verboten. Noch 2023 wurden rund 4.500 Anzeigen wegen Verdacht von Lungen- oder Kehlkopfkrebs gestellt. Für die eingeatmeten Fasern gibt es keinerlei Unbedenklichkeitsschwelle! Die Prüfer haben in den Produkten zwei Asbestarten gefunden, Tremolit und Chrysotil, besonders in Dekosand blau der Firma Hektu und der Firmen Eurosand GmbH sowie von Creativmarkt. Weitere Ergebnisse können unter [www.test.de/asbest-rückruf](http://www.test.de/asbest-rückruf) gefunden werden.

*Kurz und bündig!*

Unsere Artikel sind sauber recherchiert! Wer die Quellen haben möchte, auf die wir uns beziehen, kann uns eine E-Mail zusenden

## **Termine:**

Mi. 29. April - Kommunalpolitischer Arbeitskreis

19:00 Uhr AWO-Heim Rottenburg

Fr. 1. Mai—1. Mai Demo Tübingen

Fr. 8. Mai—Tag der Befreiung

## **Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an**

Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3 , 72108 Rottenburg

Tel: 07472-42096, E-Mail: emanuelpeter@gmx.de

Jannik Renz

Erzbergerstraße 19 , 72108 Rottenburg

E: Mail: haenkoslav@riseup.net

V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (PE), 72108 Rottenburg

